

Eigentums bei den Monopolbanken, während die Produktion zunächst noch bei den werktätigen Bauern bleibt. Das Wesen der Verschuldung ist, daß der Bauer formal noch Bauer bleibt, aber verschleiert bereits Lohnarbeiter der monopolistischen Banken ist.

Mit Hilfe des Staates führen so die Monopolbanken den Kampf zur Beseitigung der werktätigen Bauern, zur Herausbildung agrarkapitalistischer Betriebe, die bereit sind, die revanchistische Politik der Monopole bedingungslos mitzumachen. Diese Seite zeigt den westdeutschen Bauern sehr deutlich, daß der Staat, sein Charakter, seine Politik und seine Maßnahmen bestimmt und beherrscht werden von jener Klasse der Gesellschaft, die über die ökonomische Macht verfügt. Für die westdeutschen Bauern kann es nur eine Einschätzung geben: Dieser Staat ist nicht unser Staat, er ist weder bauernfreundlich noch gerecht.

## Monopole übernehmen die Leitung

In letzter Zeit werden große Anstrengungen gemacht, um auch in der Landwirtschaft ein einheitliches System der staatsmonopolistischen Beherrschung zu entwickeln. Die faschistischen Regulatoren des Reichsnährstandes sind heute wieder da, um entsprechend dem gegenwärtigen Entwicklungsstand ein neues Zwangssystem auszuarbeiten. Als direkte Ergänzung zum Ernährungssicherstellungsgesetz im Rahmen des Notstandspakets haben sie vor, nach den Bundestagswahlen sogenannte Marktstrukturfonds aufzubauen. Diese enthalten eine Summe von Maßnahmen, mit denen das Monopolkapital die landwirtschaftliche Produktion, den Absatz, die Preisgestaltung ganz unter sein Kommando stellen will. Als staatsmonopolistische Vereinigung mit dem Aushängeschild „Anstalt des öffentlichen Rechts“ sollen für die Hauptkulturen (Getreide, Milch, Zuckerrüben usw.) sogenannte Marktfonds gebildet werden. Durch diese Fonds wird staatlich der Anbau, die Aufbereitung sowie der Absatz landwirtschaftlicher Produkte koordiniert, kartelliert und mit preispolitischen Maßnahmen reguliert.

Der Marktstrukturfonds als staatsmonopolistische Vereinigung zur Beherrschung der Landwirtschaft wird von sogenannten Verwaltungsräten geleitet, die zu zwei Dritteln von Vertretern des Monopolkapitals und des Bonner Staatsapparates und zu einem Drittel durch Vertreter der Zentralverbände des Einzelhandels, der Molkereien und des Bauernverbandes besetzt sind. Die Durchführung dieses Gesetzes

wird die Landwirtschaft, auch wenn viele Bauern das noch nicht erkennen, in ein bauernfeindliches Zwangssystem pressen, das unter den heutigen Bedingungen den Reichsnährstand überflügelt.

Um den Prozeß zum kapitalistischen Großbetrieb zu beschleunigen, will das Monopolkapital sogenannte Erzeugerringe bilden, in denen unter Leitung von Agrarkapitalisten werktätige Bauern zusammengeschlossen werden. Im Gesetzentwurf ist vorgesehen, daß sich die Erzeugerringe nur auf bestimmte landwirtschaftliche Produkte spezialisieren dürfen. Diese Erzeugergemeinschaften werden mit Hilfe des Marktstrukturfonds fest an die Herrschaft der Monopole gekettet. Ein festgefügtes Vertragssystem soll den Monopolen ihre Profitinteressen und ihre Expansionsziele sichern. So will man zur Großproduktion übergehen, die vollständig unter Leitung der Monopole und des Bonner Staates steht.

Diese staatlich gelenkten Erzeugerringe sind für die westdeutschen Bauern unannehmbar. Das ist der Weg, der direkt zur Schaffung der angestrebten 130 000 kapitalistischen landwirtschaftlichen Großbetriebe führt. Im Interesse der westdeutschen Bauern liegen freie bäuerliche Gemeinschaften, in denen sich die Bauern von demokratischen Grundsätzen leiten lassen. Es ist bekannt, daß viele westdeutsche Bauern mit der landwirtschaftsfeindlichen Politik der Regierung und der Führung des Bauernverbandes nicht einverstanden sind, daß sich viele Bauern in ihrem Dorf gegen diese Politik wenden und mit eigenen Ideen zur Lösung der Bauernfrage auf treten. Eine auf Frieden, Sicherheit, Freiheit und Wohlstand gerichtete Politik in Westdeutschland wird immer stärker von den Bauern gefordert. Damit befinden sich diese Bauern in Übereinstimmung mit vielen Arbeitern und Bürgern der übrigen Volksschichten. Der westdeutsche Bauer Heinrich Happe aus Nienberg-Westfalen erklärte in der Zeitschrift „Bauernruf“: „Die Gewerkschaften sind gegen die Notstandsgesetze. Diese sind auch gegen uns Bauern gerichtet. Wir fühlen uns auch durch die Konzentration wirtschaftlicher Macht ebenso bedroht wie die Arbeiter.“ Deshalb kommt der Schaffung eines festen Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft eine große Bedeutung zu; denn die Sache des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts kann in Westdeutschland nur siegen, wenn Arbeiter und Bauern gemeinsam handeln.